Nummer 43 — Stuttgart, 23. Oktober 1915 — 33. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Nötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Kriegsgewinne

Die Leser der Metallarbeiter-Zeitung werden sich erinnern, daß wir in Nr. 31, als die Geschäftsabschlüsse der Werke in der Eisen-, Stahl-, Metall- und Maschinenindustrie für das erste Kriegsjahr noch nicht veröffentlicht waren, auf Grund allgemeiner Beobachtungen die bestimmte Erwartung aussprachen, die Kriegsbilanzen der betreffenden Unternehmungen würden die Haltlosigkeit der Klagen über „bedeutend gestiegene Selbstkosten, die nur einen geringen Gewinn ermöglichen", erweisen. Was nunmehr an Geschäftsnachweisen aus der Schwereisen- und der verwandten Fertigindustrie vorliegt, bestätigt überwiegend unsere Voraussage, übertrifft sogar größtenteils unsere Erwartungen. Es stellt sich vollkommen heraus, daß die während des Krieges vorgenommenen bedeutenden Preiserhöhungen bei weitem nicht zum Ausgleich der gestiegenen Selbstkosten notwendig waren, sondern zur Erhöhung des Geschäftsgewinns dienten. Die veröffentlichten Geschäftsberichtauszüge lassen jedoch erkennen, daß die stellenweise geradezu ungeheuerlichen Gewinnerhöhungen lediglich bei der Herstellung von Kriegsmaterial „verdient" wurden, mithin auf Kosten des Reichssäckels, dessen Füllung der Gesamtheit der Steuerzahler obliegt, erzielt worden sind. Ein ganz bedeutender Teil der bereits verausgabten beiden Milliardenanleihen floß demnach unmittelbar in die Taschen einer verhältnismäßig kleinen Zahl Unternehmer.

Bei der Abschätzung der nachfolgend angeführten Gewinnzahlen darf nicht übersehen werden, daß die Erzeugung von Roheisen und Rohstahl während des Krieges zunächst um fast zwei Drittel zurückgegangen ist und im Juli erst wieder zwischen 60 bis 70 Prozent der Friedenserzeugung betrug. Dementsprechend verhalten sich auch die Erzeugungszahlen der Einzelwerke. Da das Jahr vor dem Kriege schon im Zeichen des wirtschaftlichen Niedergangs stand, den technisch vorzüglichst eingerichteten Großeisenwerken aber immer noch einen ansehnlichen Gewinn abwarf, so wäre es schon ein gutes Betriebsergebnis gewesen, wenn sich die Ueberschüsse im Kriegsjahr 1914/15 ungefähr im Verhältnis zu dem Erzeugungsrückgang hielten.

Eine genauere Betrachtung, soweit sie uns bei der bekannten Geheimniskrämerei der meisten öffentlichen Berichterstattungen über die Werksergebnisse möglich ist, ergibt nun zwar, daß ein Teil der führenden Großeisenwerke die erste Kriegsjahresbilanz mit ziemlicher Verringerung auch der Bruttogewinne abschlossen. Aber das schreibt sich entweder her aus der Ortslage der sonst gewinnreichen Anlagen in nächster Nähe oder sogar innerhalb der Kriegsschauplätze, wodurch die Betriebsstockungen außerordentlich verlängert wurden; oder die betreffenden Werke waren nicht so wie ihre Wettbewerber auf die Herstellung von Kriegsmaterial eingerichtet und profitierten darum von diesem erst bedeutend im späteren Verlauf des Kriegsjahrs. Zu diesen Werken gehören von den nachbenannten vornehmlich die Gesellschaften Aumetz-Friede (Kneuttingen, Lothringen), Deutsch-Luxemburg, dann Maximilianshütte, Hösch, Phönix, Rheinische Stahlwerke und Haspe. Deren Ueberschußentwicklung nahm erst in der zweiten Hälfte des Kriegsjahres, nachdem ein sehr bedeutender Teil der Betriebsanlagen für Kriegsmaterallieferungen eingerichtet war, die für diesen Geschäftszweig kennzeichnende starke Wendung nach oben. Man erkennt dies klar aus der Abrechnung des Großeisenwerkes Phönix. Dieses erzielte in dem Halbjahr vor dem Kriege 17,41 Millionen Mark Betriebsgewinn, in dem ersten Kriegshalbjahr 10,58 und im zweiten Kriegshalbjahr 17,49 Millionen Mark! In den Monaten Januar bis Juni 1915 war mithin der Betriebsgewinn sogar noch etwas höher als im gleichen vorjährigen Zeitraum. Nur durch den Gewinnausfall im ersten Kriegshalbjahr (rund 8 Millionen Mark gegen das Vorjahr) kam Phönix zu dem unten angegebenen geringeren Bruttogewinn. Der Bruttogewinn in dem Kriegsjahr beträgt aber dann doch 11,3 Prozent von dem Rechnungswert des Gesamtversandes, während 1913/14 der Gewinnteil 10,9 Proz. ausmachte! Hierin kommt auch beim Phönix die finanzwirtschaftliche Bedeutung der Kriegslieferungen zum Ausdruck. Aehnlich verhält es sich mit den Rheinischen Stahlwerken. Auch deren Bruttogewinn ist sehr gefallen. Der Geschäftsbericht erklärt dazu: Beim Kriegsausbruch habe zunächst eine ganz bedeutende Betriebseinschränkung stattfinden müssen; dann sei das Werk, abgesehen von Schiffsbaustahl, auf die Erzeugung von Kriegsmaterial nicht eingerichtet gewesen. Erst als „die Umstellung der Betriebe auf die neuartige Arbeit" (soweit dies bei einem solchen Großunternehmen überhaupt innerhalb bestimmter Frist angängig ist) vollzogen war, hätten sich die Gewinnergebnisse gebessert. Welchen Einfluß dann auch hier das Kriegsgeschäft auf die Betriebsgewinne hatte, ist daraus ersichtlich, daß die Roheisen- und Rohstahlerzeugung der Rheinischen Stahlwerke 1914/15 um rund 39 Prozent gegen das Vorjahr zurückging, der Bruttogewinn der Gesellschaft zeigt aber nur eine Minderung von 18 bis 19 Prozent.

Nach diesen Stichproben kann man sich schon ungefähr denken, wie fabelhaft hoch die Gewinne solcher Anlagen sein müssen, die, wie vor allem Krupp, der seine Bilanz noch nicht veröffentlichte, in vollem Umfang von Kriegsbeginn an mit der Herstellung von Heeresbedarf beschäftigt sind! In nachstehender Tabelle, die stets vergleichbare Brutto- oder Reingewinnüberschüsse angibt, sind die hauptsächlich Heeresbedarf liefernden Werksgesellschaften durch einen * gekennzeichnet:

	1913/14 ℳ	1914/15 ℳ
Deutsch-Luxemburg	24928449	17092579
Phönix, Hörde	31700428	24636588
Rheinische Stahlwerke	4429346	3574806
Hösch, Dortmund	6190784	3784548
*Bochumer Verein	4500000	7400000
*Stahlwerk v. d. Zypen	3710293	5225016
*Stahlwerk Becker	1280738	4227760
*Gußstahlwerk Annen	1061941	1138029
Hochofenwerk Lübeck	2931275	2434275
Maximilianshütte	8843665	6974705
*Gevelsberger Ofenfabrik W. Krafft	695408	1264288
*Kabelwerke Rheydt	2835708	3504112
*Bismarckhütte, Oberschlesien	3912072	3077821
Geislweider Eisenwerke	643233	777233
Westf. Kupfer- u. Messingwerke, Lüdenscheid	2773483	2303505
*Drahtwerke Langenbreer	1023968	1101374
*Weyersberg A.-G., Remscheid	902827	1606788
*Stahlwerk Lindenberg A.-G., Solingen	1414497	3120352
Aumetz-Friede, Kneuttingen	13344705	3040050
Hasper Eisen- und Stahlwerke	2996801	2127556
Süddeutsche Drahtindustrie, Waldhof	387863	377051
Lauchhammer, A.-G.	3988210	5209336
Georg-Marienhütte, Osnabrück	7423861	6289468
Eisenindustrie Menden-Schwerte	359616	542155
*Gußstahlwerk Witten	2341550	4420198

Nochmals sei an die vorhin angegebene starke Verringerung des Rohstoff- und Halbzeugmaterials und an die sonstigen Betriebshindernisse infolge des Krieges erinnert. Unsere Industrie ist auf eine steigende Massenerzeugung eingerichtet. Wenn dann die Roheisenerzeugung von rund 19 auf 14 Millionen Tonnen (wie geschehen 1914) zurückgeht, so werden sich die Gestehungskosten für die Tonne erhöhen müssen und wohl kein Mensch, der die gegebenen privatkapitalistischen Geschäftsverfahren berücksichtigt, würde gegen eine Verkaufspreiserhöhung, durch die die tatsächlich eingetretene Betriebsverteuerung gedeckt würde, Einspruch erheben. Aber die Verkaufspreiserhöhungen sind weit über dieses Maß hinausgegangen, wofür unsere Tabelle erdrückende Beweise liefert.

Sehe man sich die ungeheuren Gewinnerhöhungen zunächst bei der Bismarckhütte, bei van der Zypen, Bochumer Verein, Stahlwerk Becker und Stahlwerk Lindenberg an! Der Menge nach muß die Erzeugung und Versendung, entsprechend der Erzeugungsverminderung von Roheisen und Rohstahl gegen das Vorjahr zurückgegangen sein, und trotzdem riesige Gewinnvermehrung bis zur Verdoppelung, ja mehr als Verdreifachung! Aeußerst kennzeichnend für das glänzende Geschäft der Heereslieferer sind die neuen Geschäftsabschlüsse solcher Werke, wie die „Ofenfabrik" (!) in Gevelsberg, der Kabelwerke Rheydt, von Weyersberg in Solingen. Hier haben wir es mit Anlagen zu tun, die ihre „Umstellung für die neuartige Arbeit" schnellstens und umfassend durchführten und dann vorzüglich Kriegsindustrie waren. Von einer vaterländisch gesinnten Berücksichtigung der ungeheuren Kriegslasten, die das Deutsche Reich zu tragen hat, kann diese Preisstellung für Kriegsbedarf nicht beeinflußt worden sein.

Wir vernahmen auch durch das ganze Kriegsjahr hindurch die beweglichen Klagen der Industriellen über große Zunahme der „allgemeinen Unkosten". Jetzt aber erfahren wir durch die Geschäftsberichte auch einiges über diesen Klagepunkt. Die Gevelsberger „Ofenfabrik" ermäßigte ihre „allgemeinen Unkosten" in dem Kriegsjahr gegen das Vorjahr von 344 667 auf 282 117 ℳ, die Kabelwerke Rheydt von 722 554 auf 702 072 ℳ, die Lüdenscheider Kupfer- und Messingwerke sogar von 2 363 909 auf 1 301 059 ℳ (!), das Stahlwerk Lindenberg von 597 697 auf 409 818 ℳ! Von diesem Werk bemerkte die Frankfurter Zeitung vielsagend: „Der Erzeugungsertrag (brutto) ist von 1 414 497 auf 3 120 352 ℳ gestiegen. In Wirklichkeit scheint er sogar noch größer zu sein, denn die Vorstandstantiemen (!) sind vorher abgezogen und überdies hat die Gesellschaft in anerkennenswerter (!) Weise für Kriegsinvalidenfürsorge 500 000 ℳ zur Verfügung gestellt, die, da sie im Gewinn- und Verlustkonto nicht angeführt sind, anscheinend vorher gekürzt wurden." Ob es eine anerkennenswerte Tat ist, erst Millionengewinne zu Lasten des Reiches zu machen und dann hiervon einen kleinen Bruchteil den unmittelbaren Kriegsopfern zurückzuzahlen, das dürfte die Volksmeinung kaum bejahen.

Nicht geringe Sorge dürfte den reichgesegneten Rüstungsindustriellen die Art der Unterbringung der überaus hohen Gewinne machen, damit weder die „Begehrlichkeit" der Arbeiter noch die des Steuerfiskus „gereizt" wird. Vorerst werden Unsummen „abgeschrieben", in verschiedene Reservefonds versteckt. Bismarckhütte erhöhte nun ihre schon hohen Abschreibungen vom Vorjahre von 2 279 560 auf 4 497 161 ℳ, Stahlwerk Lindenberg „nur" von 251 000 auf 1 341 000 ℳ! Die Konten noch vollständig betriebsfähiger großer Anlagen werden bis auf einen Anstandsrest aus der Bilanz getilgt. Nicht mehr ganz auf der technischen Höhe stehende Anlagen werden umgekrempelt oder ganz niedergerissen. In auffallend starker Weise wird während des Krieges auf gewissen Großeisenwerken gebaut und umgebaut. Die Kriegsgewinne liefern reichlich Baugelder und — gebaut ist gebaut.

Von größter Bedeutung ist es natürlich für unsere Verbandsmitglieder, auch zu erfahren, in welcher Weise sich die Arbeiterlöhne zu den Werksgewinnen verhalten. Ueber diesen heiklen Punkt schweigen sich die ja nur auszugsweise veröffentlichten Geschäftsberichte aus. Das heißt nicht ganz, denn wohl zur Verherrlichung der „opferwilligen Gesinnung" wird in verschiedenen Geschäftsberichten auf die „hohen Löhne" verwiesen. Daß die Löhne, auch dort, wo sie nennenswert oder sogar anständig erhöht wurden, in einem viel zu niedrigen Verhältnis zu den oft märchenhaften Betriebsüberschüssen stehen, davon reden die Gewinnzahlen.

Worauf wir schließlich noch aufmerksam machen müssen, das ist die seit Kriegsbeginn eingetretene umfangreiche Beschäftigung von Arbeiterinnen, nicht nur in den kleinen und mittleren Betrieben der Metallindustrie, sondern auch in solchen Anlagen der Großeisenindustrie, wo man vordem keine Frauenarbeit kannte. Welche Bedeutung diese „Umstellung" für die Gestaltung der gegenwärtigen und noch mehr der zukünftigen Arbeitsverhältnisse (erstlich für die Entlohnung!) hat oder haben kann, darüber schreibt vielleicht ein Kollege, der noch mitten in der Werkstattätigkeit steht. Daß sich hier auch große Schwierigkeiten für die Unterbringung der kriegsbeschädigten Kollegen in ihrem Beruf auftun können, das entnehmen wir einem Aufsatz des Diplomingenieurs R. Stern in der Frankfurter Zeitung vom 22. September. In diesem Aufsatz wird die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der neueingestellten Frauen in der Maschinenindustrie so verdächtig gelobt, daß man sich unwillkürlich fragt: Wo soll das hinaus?

Gelbe „Arbeitsgemeinschaft"

Unter dieser Überschrift teilten wir in Nr. 40 mit, daß am 1. Oktober in Berlin eine „gemeinschaftliche Aussprache" stattfinden solle, zu der „der geschäftsführende Vorstand des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands" einlud. Die Einladung dazu erging nicht nur an die gelben Vereine, sondern auch an Unternehmer und wer weiß an wen sonst noch, der geeignet sein kann, sich vor den gelben Karren spannen zu lassen. In Nr. 38 des Werkvereins steht zu lesen, daß noch „neben Vertretern der Regierung zahlreiche Parlamentarier sowie Freunde der nationalen Arbeiterbewegung" erschienen waren. Selbstverständlich tagte diese Zusammenkunft unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Zugelassen wurden nur solche, die würdig befunden wurden, eine Einlaßkarte zu erhalten. Auch wurde nur diesen das Versammlungslokal verraten. Die Oeffentlichkeit, soweit es für diese einen Zweck hat, sich darum zu bekümmern, ist also auf das angewiesen, was die Herrschaften, die dort beisammen waren, mitzuteilen für gut befinden. Das ist allerdings recht mager, selbst für den, der keineswegs geneigt ist, die „nationale Arbeiterbewegung" zu überschätzen. Wir erlauben uns daher, die „amtliche" Veröffentlichung durch etwas zu ergänzen, was auf alle Fälle nicht minder lesenswert ist. Es ist uns nämlich eine der Drucksachen auf den Tisch geflogen, die den Teilnehmern an der bewußten „gemeinschaftlichen Aussprache" ausgehändigt worden ist. Es ist eine Druckschrift von 13 Seiten. Obenan steht: „Nicht zur Veröffentlichung bestimmt!" Das macht sie natürlich besonders lesenswert. Die ersten acht Seiten handeln von den „politischen und gewerkschaftlichen Verhältnissen in unserem Vaterland". Daraus geht zunächst hervor, daß das sonst mit so großem Behagen von diesen Leuten gebrauchte Wort „national" nach ihrer Ansicht wohl nicht mehr auszureichen scheint, um ihre „Gesinnung" zu kennzeichnen, wahrscheinlich seit der Krieg bewiesen hat, daß die organisierte deutsche Arbeiterschaft ihr Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stiche läßt. Es mußte darum eine Steigerung erfunden werden und man nennt sich jetzt „die in positiv-nationalem und staatserhaltendem Geiste arbeitenden Organisationen". Es wird nun zunächst ein Klagelied darüber angestimmt, daß die in diesem „Geiste" arbeitenden Organisationen und Personen „in den letzten Jahren und Jahrzehnten (!) einen schweren Stand" gehabt hätten. Trotzdem hätte sich die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung in der deutschen Arbeiterschaft in der kurzen Zeit von fünf Jahren eine große Anhängerschaft zu verschaffen vermocht. Zum Beweise führt der Verfasser die amtlichen Zahlen über die Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die „Wirtschaftsfriedlichen" von 1910 bis 1912 an, von denen die Gewerkschaften nur um 25 Prozent, die Gelben aber fast um 100 Prozent zugenommen haben, während die Christlichen und die Gewerkvereine zurückgingen. In einer Anmerkung werden noch die Zahlen für 1913 gebracht, die bekanntlich auch einen kleinen Rückgang der Gewerkschaften zeigen. Dies schlachtet der Verfasser natürlich aus, er hütet sich aber wohlweislich, den Ursachen genauer nachzuspüren, weil er sonst natürlich platt auf dem Boden säße. Er führt dann weiter aus, diese erfreuliche Aufwärtsbewegung sei durch den Krieg jäh unterbrochen worden und fährt fort:

„Von allen Vaterlandsfreunden ist die von der Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch eingenommene vernünftige Haltung begrüßt worden, — auch dort, wo man nicht verkannte, wie sehr diese Haltung den eigenen Interessen der Sozialdemokratie angepaßt war. Schädlich und unangenehm wirkte jedoch die kritiklose Bewunderung, die man dieser Haltung zollte. Wenn auch stets mehr Freude herrschen wird über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte, — so hat doch die Überschwänglichkeit, mit der in Wort und Schrift, und besonders von zahlreichen Regierungsstellen, der Sozialdemokratie Lob gespendet wurde, in vielen Kreisen, auch innerhalb der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung, böses Blut erregt. Die Tatsache, daß ein Sozialdemokrat (also ein Mann, der bisher auf alles eher bedacht gewesen ist als auf die Stärkung und Sicherung des Vaterlandes) plötzlich ganz anders und viel höher bewertet wurde als diejenigen Männer, die bisher schon auf nationalem, auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung gestanden hatten, löste viel Bitterkeit in nationalen Arbeiterkreisen aus! Zudem setzte sich in diesen Kreisen die durch mehrere Vorkommnisse entstandene Auffassung fest, daß die Regierung das Bestreben der Streikgewerkschaften, die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung von wichtigen, im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegenden Arbeiten fernzuhalten, etwas allzu willfährig unterstützte."

Da mußte natürlich geschoben werden, damit den „Positiv-Nationalen" nicht die Felle davonschwimmen. Vor allen Dingen mußte der Regierung gezeigt werden, daß die Gelben auch noch da sind. (Das ist wohl der Hauptzweck dieser Zusammenkunft gewesen.) Bekanntlich haben die „Nationalen" gemurrt, weil sie bei der Verteilung von Beihilfen zur Arbeitslosenunterstützung leer ausgingen, aus dem triftigen Grunde, weil sie Gegner der Arbeitslosenunterstützung sind. Dazu schreibt der Verfasser der geheimen Druckschrift weiter, daß es gelungen sei, „in dem Verhalten der Regierung gegenüber den wirtschaftsfriedlichen Verbänden eine Aenderung herbeizuführen, so daß heute nicht mehr darüber geklagt werden kann, daß man an Regierungsstelle nur den streikgewerkschaftlich organisierten Teil der deutschen Arbeiterschaft kennt, nicht auch den wirtschaftsfriedlichen".

Es heißt dann weiter:

„Im allgemeinen vaterländischen Interesse ist es auf das lebhafteste zu beklagen, daß man die opferwillige Begeisterung des Volkes in dieser schweren und schönen Zeit nicht zu nutzen verstanden hat. Allerdings mag hierfür nicht allein die Regierung verantwortlich zu machen sein. Angesichts des eingangs geschilderten demokratischen und materiellen Zuges der zurückliegenden Friedensjahre hätte die wundervolle Einigkeit aller Schichten des Volkes bei Ausbruch des Krieges darauf gerichtet werden müssen, eine patriotische Begeisterung ohne materiellen Beigeschmack zu wecken und pflegen ... Anstatt den als Störer des Burgfriedens zu kennzeichnen, der andere Bestrebungen kennt als die

Niederringung der Feinde, scheint in weiten Kreisen der Preis des Kampfes nicht die uneingeschränkte Aufrechterhaltung unserer bewährten staatlichen Einrichtungen zu sein, sondern eine weitgehende Demokratisierung unseres Staatslebens. Man kann der Meinung sein, daß nicht alles an demselben schön und unübertrefflich ist, und doch seine guten Seiten anerkennen."

Wunderliche Leute! Diejenigen, die hier als „Störer des Burgfriedens" bezeichnet werden, werden den Vorwurf gelassen ertragen können und es wird kaum nötig sein, wer wirklich nur als Störer des Burgfriedens in Betracht kommen kann, wenn schon von solchen geredet werden soll.

Große Angst scheinen die „Nationalen" vor den Arbeitsgemeinschaften zu haben, die für die Dauer des Krieges in einigen Berufen, namentlich im Baugewerbe, gegründet worden sind. Ueber Zweck solcher Arbeitsgemeinschaften, möglichst ausgiebige Beschaffung und gleichmäßige Verteilung von Arbeitsgelegenheit während des Krieges, sagt der wahrheitsliebende Herr Verfasser natürlich kein Wort. Sein Trumpf ist: „Den Streikgewerkschaften schien der Preis des Kampfes lediglich die Erfüllung derjenigen gewerkschaftlichen Forderungen zu sein, die sie in Friedenszeiten nicht durchzudrücken vermochten." Durch diese Denunziation brauchen die „Streikgewerkschaften" sich nicht beleidigt zu fühlen; unangenehmer ist sie schon für die Unternehmerverbände, die an den Arbeitsgemeinschaften beteiligt sind, besonders, wenn man den angeführten Satz im Zusammenhang mit dem übrigen betrachtet. Der „nationale" Herr Verfasser stellt die Leiter der in Frage kommenden Unternehmerverbände als regelrechte Tölpel hin.

Aus den weiteren Ausführungen geht hervor, daß die „Nationalen" das Fortbestehen ihrer Quertreibervereinigungen ernstlich bedroht fühlen, wenn die Hinweise der Regierung auf eine Neuordnung der inneren Politik in freiheitlichem Sinne wahrgemacht werden. Wie Sumpfpflanzen nur in fauligem Grunde gedeihen können, so können die „positiv-nationalen" Auch-Arbeiterorganisationen nur dann eine Rolle spielen, wenn alle wirklichen Arbeiterorganisationen von Behörden und Unternehmern möglichst gedrangsalt werden und es ist der sehnlichste Wunsch der „Nationalen", daß nach dem Kriege die alten Zustände zurückkehren mögen. Als ein Anzeichen dafür, daß dies geschehen werde, gilt dem Verfasser ohne Zweifel, daß die Regierung sich „erfreulicherweise" gegenüber einigen Gewerkschaftsforderungen auf den Standpunkt gestellt hat, „daß die gegenwärtige Zeit des Krieges, in der ein so beträchtlicher Teil der an dieser Neuordnung interessierten Kreise im Felde steht, nicht die geeignete Zeit zur endgültigen Regelung so heiß umstrittener sozialpolitischer Fragen sei".

Nachdem der Verfasser den roten Lappen zipfelweise nach und nach hervorgezogen hat, schwenkt er ihn endlich mit folgendem „Warnungsrufe":

„Die Verwirklichung aller dieser Forderungen wird zu einer zu starken Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens führen. Insbesondere liegt die Quintessenz der sozialpolitischen Wünsche darin:

Die Streikgewerkschaften, die mit ihren rund drei Millionen Mitgliedern lediglich ein Sechstel der deutschen Arbeiterschaft umfassen, verlangen die gesetzliche Anerkennung ihrer Organisation als der berufenen Vertretung der gesamten deutschen Arbeiterschaft, einschließlich der ihnen nicht angehörenden fünf Sechstel deutscher Arbeiter!

Da diese Anerkennung sich auf die ‚unabhängigen' Organisationen beschränken soll und die wirtschaftsfriedlichen Verbände angeblich ‚abhängig' sind, so würde der arbeitgeberfreundliche Teil der deutschen Arbeiterschaft ausgeschaltet sein, — ja seine ‚Abhängigkeit' würde durch Reichstagsbeschluß beziehungsweise Gesetz festzustellen und festzulegen sein!"

Sehen wir davon ab, daß der Verfasser auch an dieser Stelle der Wahrheit nur unvollkommen die Ehre gibt. Schnurrig ist aber seine Meinung, die Arbeiter, die nicht den „Streikgewerkschaften" angehören, legten besonderen Wert darauf, daß diese nicht als Vertreter der gesamten Arbeiterschaft dienen. Das könnte man nur dann annehmen, wenn die in Frage kommenden Arbeiter sich weigern, die Vorteile zu genießen, die die „Streikgewerkschaften" für die gesamte Arbeiterschaft errungen haben. Hat schon jemand davon etwas gehört?

Auch die Landesversicherungsanstalten haben es mit den „Nationalen" verhaun, seitdem sie Gelder zur Linderung der Notlage hergeben und die Gelben auch bei dieser Gelegenheit das Nachsehen haben. Dem „positiv-nationalen und staatserhaltenden" Fasse den Boden ausgeschlagen hat aber offenbar der Beschluß der Bergarbeiterverbände, bei der letzten Wahl der Sicherheitsmänner gemeinsam vorzugehen. Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, daß dies auch die Veranlassung zu der „nationalen" Zusammenkunft am 1. Oktober gewesen ist. Der Verfasser des geheimen Schriftstückes schließt folgendermaßen:

„Wir sehen also überall das Bestreben, den wirtschaftsfriedlich gesinnten, seine Interessen auf friedlichem Wege verfolgenden Teil der Arbeiterschaft systematisch zurückzudrängen und zu bekämpfen, ja ihn von der ferneren Mitwirkung in den berufenen Vertretungen der Arbeiterschaft auszuschalten!

Das Ergebnis dieser Betrachtungen dürfte wie folgt zusammenzufassen sein:

1. Die gewerkschaftlichen Kämpfe werden (wie dies auch sozialdemokratische Zeitungsstimmen schon ausgesprochen haben) nach dem Kriege nicht geringer, sondern zahlreicher und schwerer sein als je zuvor; sie werden deshalb schwerer und leidenschaftlicher sein, weil die Leidenschaften der breiten Masse durch das Argument aufgestachelt werden: Ihr habt geblutet, — und jetzt will man euch wieder drücken und ausbeuten!

2. Die bevorstehenden Kämpfe werden bewirken, daß sich in noch höherem Maße als bisher in der deutschen Arbeiterschaft eine Scheidung der radikalen und (nicht in politischem Sinne gemeint) konservativen Geister vollziehen wird. Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung wird bestrebt sein, die von ihr vertretenen Grundsätze klar und unverschwommen zu erhalten und die Agitation für ihre Sache in möglichst weite Kreise zu tragen.

3. Hand in Hand mit dieser Agitationstätigkeit wird eine Zurückdrängung aller sozialdemokratischen und kampfgewerkschaftlichen Bestrebungen erfolgen.

4. Bei dieser Arbeit wird auf die zielbewußte, tatkräftige Mithilfe aller einsichtigen Kreise unseres Volkes, insbesondere der Regierung, der Arbeitgeberschaft und derjenigen Parlamentarier gerechnet, die auf politischem Boden ähnliche oder gleiche Ziele verfolgen, denen die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung auf gewerkschaftlichem Gebiete zustrebt."

*

Wenn man diese Ausführungen mit dem in Nr. 41 des Vereins der Oeffentlichkeit übermittelten Bericht vergleicht, so wird man finden, daß manches von dem, was dort nur verschämt angedeutet worden ist, in dem geheimen Schriftstück mit voller Deutlichkeit gesagt wird. Der Vollständigkeit halber setzen wir nur noch die „Entschließung" hierher, die auf der bewußten Zusammenkunft angenommen wurde. Sie lautet:

„Auf Einladung des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Gewerkschaftlicher Gesellschaft hat am 1. Oktober 1915 in Berlin eine Versammlung von Anhängern und Freunden der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung stattgefunden, auf welcher Arbeiter und Unternehmer der Industrie, des Bergbaues und des Handwerks, der Landwirtschaft, des Handels und der Schiffahrt sowie sonstige Berufsstände vertreten waren. Folgender Beschluß gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die Versammlung hält es für eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Grundgedanken der neuen Bewegung immer mehr erkannt und anerkannt werden:

Hebung des Arbeiterstandes bei voller Erhaltung seiner Unabhängigkeit nach allen Seiten sowie Pflege eines vertrauensvollen Zusammenwirkens von Unternehmer und Arbeiter aus innerer Überzeugung und damit dauernde Sicherung eines gesunden deutschen Wirtschaftslebens.

Gerade der jetzige Krieg hat die Richtigkeit dieser Grundgedanken erwiesen. Denn der Krieg hat in blutigen Zügen dem deutschen Volke die Tatsache vor Augen geführt, daß nicht im Kampf vermeintlicher Gegensätze, sondern in friedlicher Zusammenarbeit die Kraft und das Heil unseres Vaterlandes liegt. Nach dem Kriege wird ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Arbeiter und Unternehmer infolge der schwierigen Lage der deutschen Volkswirtschaft, insbesondere im internationalen Wettbewerb, in erhöhtem Maße eine nationale Lebensfrage sein.

Die Versammlung begrüßt deshalb den vom Hauptausschuß geplanten weiteren Ausbau seiner Tätigkeit und erklärt sich bereit, der wirtschaftsfriedlichen Lehre und Bewegung, insbesondere auch in den ihr nahestehenden Kreisen und Verbänden, jegliche Förderung angedeihen zu lassen.

Sie stimmte dem Vorschlag des Hauptausschusses zu, eine Vertretung einzusetzen, welche dauernde Fühlungnahme und Gedankenaustausch verbürgt. Dabei soll jedoch allen Beteiligten volle Freiheit ihrer Entschließungen verbleiben."

Wenn man sich nur nach den Worten dieser Herren richten wollte, so würde man einiges bei ihnen finden, was bei oberflächlicher Betrachtung als nicht übel erscheint; unsere Kollegen in der Werkstatt haben aber schon gar zu genau ihre Taten kennen gelernt. Diese werden sie im Gedächtnis behalten, wenn in der nächsten Zeit die „Nationalen" den „Burgfrieden" als gute Gelegenheit betrachten werden, im Trüben zu fischen.

Eine Ausstellung von Arbeitshilfen für Verstümmelte

Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg wird demnächst durch eine Sonderausstellung von Arbeitshilfen (Prothesen) in den Dienst der Kriegsbeschädigtenfürsorge gestellt werden. Um solchen Kriegsbeschädigten, die gewisse Glieder verloren haben, die Ausübung ihres alten oder eines ähnlichen Berufes zu ermöglichen, ist es notwendig, dem besonderen Zwecke angepaßte Ersatzglieder zu schaffen. Daß diese Aufgabe eine schwere ist, braucht kaum betont zu werden. Aber in Deutschland sind dafür schon bedeutungsvolle Vorarbeiten gemacht worden, die besonders der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge zu danken sind. In einer Reihe von Berufen sind daher schon seit Jahren Krüppel beschäftigt, die nur mit Hilfe solcher besonders konstruierter Ersatzglieder ihren Beruf auszuüben vermögen. Darunter sind nicht nur Personen, die als Krüppel geboren oder durch Krankheiten oder Unfälle in der Kindheit verkrüppelt wurden, sondern in vielen Fällen handelt es sich um durch Berufsunfälle verletzte Arbeiter.

Für die Sonderausstellung in der Charlottenburger Reichsanstalt ist es nun zweifellos von größtem Werte, wenn alle bisherigen Erfahrungen mit solchen Ersatzgliedern der Sache dienstbar gemacht werden können. Denn die Ausstellung soll nicht nur darstellen, was schon vorhanden ist, sondern ihr größter Zweck wird sein, Anregungen für weiteres Schaffen auf diesem jetzt infolge des Krieges so wichtig gewordenen Gebiete zu geben. Was hier in erster Linie zunächst den Kriegsbeschädigten zugute kommen soll, wird für alle im Dienste der Berufsarbeit Verstümmelte einen dauernden Wert erhalten. Es ist aus allen diesen Gründen notwendig, daß die Arbeiterschaft selbst der Ausstellung das größte Interesse entgegenbringt und sich an den Vorarbeiten ernsthaft beteiligt.

Das kann dadurch geschehen, daß der Verwaltung der Ausstellung, Herrn Geheimen Oberregierungsrat Dr. Heymann, Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, die Adressen solcher Personen mitgeteilt werden, die Ersatzglieder, Arbeitshilfen oder andere, ähnlichen Zwecken dienende Einrichtungen bei ihrer Berufsarbeit benutzen. Diese Einrichtungen und Arbeitshilfen würden dann von Sachkundigen in Augenschein genommen werden. Eine Nachbildung oder gute Abbildung würde dann in vielen Fällen für die Zwecke der Ausstellung nützlich sein und vielfach die Anregung zu verbesserten Konstruktionen geben.

Der vorläufige Arbeitsplan der Ausstellung lautet:

Die Ausstellung gliedert sich in:

1. eine allgemeine Abteilung,
2. Abteilungen für die einzelnen Berufe.

In allen Abteilungen werden ausgestellt:

1. Die persönliche Ausrüstung der Invaliden mit Behelfsgliedern, dauernden Ersatzgliedern, Arbeitsansatzstücken und Arbeitshilfen.
2. Vorkehrungen, welche dazu bestimmt sind, die Bedienung von Werkzeugen, Geräten, Maschinen und Apparaten durch Invaliden zu ermöglichen oder zu erleichtern.
3. Einrichtungen von Werkstätten für die Berufsausbildung von Invaliden.
4. Ausbildungskurse.
5. Uebersicht über die gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiten, die von Invaliden bereits ausgeführt werden oder ausgeführt werden können.
6. Literatur über die Organisation und Durchführung der Invalidenfürsorge, besonders technische Maßnahmen und Einrichtungen.

Die unter 1 und 2 bezeichneten Einrichtungen werden möglichst in arbeitsmäßiger Ausführung, andernfalls in Modellen, Plänen, Konstruktionszeichnungen, Photographien und dergleichen vorgeführt.

Den Invaliden selbst sowie den an der Kriegsbeschädigtenfürsorge beteiligten Kreisen wird Gelegenheit gegeben werden, in den von der Ausstellung dafür eingerichteten Werkstätten oder auf dem Ausstellungsgelände die Verwendung der verschiedenen Arten von Arbeitshilfen bei der Berufsarbeit zu sehen und zu versuchen.

Außerdem ist in Aussicht genommen, durch Vorträge mit Lichtbildern oder kinematographischen Aufnahmen die Benutzung der ausgestellten Gegenstände zu erläutern.

In Verbindung mit der Ausstellung wird eine Auskunftsstelle eingerichtet werden, die mit Hilfe einer Kartothek und kurz gefaßter, mit Abbildungen versehener Beschreibungen Auskunft über die ausgestellten Gegenstände und was damit zusammenhängt, erteilt.

Der Zweck der Ausstellung ist so wichtig, daß eine Beteiligung in gewerkschaftlichem Sinne im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist. Jeder verstümmelte Arbeiter, der für seine Berufsarbeit derartige Ersatzglieder bereits verwendet, sollte sich daher sofort mit der obigen Adresse in Verbindung setzen.

Die tätige Vaterlandsliebe besteht nicht im Schreien und Schreiben darüber, sondern in tätiger Teilnahme am Wohl und Wehe des Landes, in dem wir geboren sind. Jean Paul.

Wessen es zum Siege bedarf, das ist Kühnheit, nochmals Kühnheit, stets Kühnheit. G. J. Danton.

Der Revers im bayerischen Landtag

Deutschlands zweitgrößter Bundesstaat leistet sich zurzeit eine ordentliche parlamentarische Tagung. Allen Bemühungen und Anregungen zum Trotz hatte bisher die bayerische Staatsregierung den Landtag nicht zu einer Kriegssitzung zusammenberufen. Es hätte jedenfalls Arbeit genügend für eine Kriegstagung gegeben, aber die bayerische Regierung glaubte so sicher und tadelsfrei die Kriegsschäden allein bekämpfen zu können, daß es ihr nach Auseinandersetzungen in der politischen Plauderstube an der Prannerstraße in München nicht gelüstete. Die zurzeit regierenden Herren sind in Ordnung alt geworden, sie lieben die Ordnung, die zudem den Vorteil hat, keinerlei Belästigung zu bringen. Also wurde auch der Landtag nur ordnungsgemäß berufen. Am 29. September trat das hohe Haus zusammen. Die Regierung ist sehr einsichtig. Sie will Auseinandersetzungen im Plenum vermeiden und läßt die einzelnen Fragen im Finanzausschuß, der entsprechend erweitert ist, durchhecheln. Dann dürfen von Zeit zu Zeit die übrigen Sendboten auf einige Tage nach München eilen und im Plenum Gesetze machen. In die Hände brauchen sie sich bei der Arbeit diesmal nicht zu spucken. Es wird schon alles so recht gemacht, daß man nur Ja zu sagen braucht, eben so, wie es die Regierung oder die Regierungspartei will. Wir leben ja noch immer in Bayern und auch der Krieg hat an der Zusammensetzung des Landtags noch immer nichts geändert. Aber eine Hauptsache: dem Volke muß die Aufregung großer Kammerreden erspart bleiben. So ist der bayerische Landtag recht, so mag er bleiben.

Es gibt Leute, denen diese Ruhe und Harmonie nicht gefällt. Die wollten beispielsweise den bekannten Revers aufgehoben wissen und richteten deshalb an die Regierung eine Anfrage, warum sie noch immer an der Maßregel gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband und die anderen Organisationen (Metallarbeiter- und Transportarbeiter) festhalte. So nahte langsam der 8. Oktober 1915. Die liberalen Münchener Tageszeitungen beeilten sich schon einige Tage vorher darauf hinzuweisen, daß der Revers jedenfalls fallen werde. Sie suchten diese Ansicht dadurch zu rechtfertigen, indem sie auf Ausführungen des Ministerpräsidenten in seiner Eröffnungsrede hinwiesen. Da hatte der Minister das Verhalten und die Mitarbeit der Arbeiterverbände lobend betont und gesagt: „Möge dieser Geist der Einmütigkeit auch über den Verhandlungen des Landtags walten. Möge alles Trennende zurücktreten und die gemeinsame Arbeit nur auf das Wohl des Vaterlandes gerichtet sein. Die Regierung ist bereit, an ihrem Teile dazu beizutragen, und wird, wenn es sich um Beseitigung von Differenzen handelt, soweit möglich, gerne die Hand dazu bieten." Und in der Sitzung des Finanzausschusses hatte der Ministerpräsident zwei Tage vorher, am 6. Oktober, eine Bemerkung zum Revers gemacht und erklärt: „Die Staatsregierung muß mit aller Entschiedenheit daran festhalten, daß der Streik vom Eisenbahndienste ferngehalten werden muß. Daß es kein Streikrecht für die Eisenbahnbeamten geben kann, ist selbstverständlich, aber auch die Eisenbahnarbeiter haben keinen Anspruch darauf, sie stehen nicht unter der Gewerbeordnung und § 152 derselben findet daher auf sie keine Anwendung. Der Streikrevers ist nur eine Form des Vollzugs. Die Staatsregierung ist nicht gewillt, unter allen Umständen an dem Revers festzuhalten, wenn sich die Sicherung gegen Streikgefahr auf andere Weise herstellen läßt. Die Frage berührt aber nicht Bayern allein, sondern die sämtlichen deutschen Eisenbahnverwaltungen, Bayern kann daher nicht isoliert vorgehen, sondern nur im Einverständnis mit den anderen Verwaltungen. Zu diesem Zwecke ist bayerischerseits die Abhaltung einer Konferenz angeregt worden. Die Konferenz wird in den nächsten Wochen stattfinden. Sobald eine Uebereinkunft erzielt ist, wird die Regierung davon Mitteilung machen. Die dadurch herbeigeführte Verzögerung ist unbedenklich, da der Revers seit Ausbruch des Krieges nicht zur Anwendung kommt. Mehr kann ich zurzeit nicht sagen; mehr würde ich aber auch im Plenum nicht sagen können und ich möchte daher den Herren Interpellanten anheimgeben, ihre Interpellation bis zu einem späteren Termin zurückzustellen."

Den Gefallen taten ihm die Sozialdemokraten aber nicht und so mußte sich der greise Philosoph auf dem Ministerstuhl leider in das hohe Haus bemühen. Das war rücksichtslos genug von den Sozialdemokraten, und als feiner Mann wußte sich Herr v. Hertling zu rächen. Voller Spannung erwartete alles einen großen Tag. Haus und Tribünen waren stark besetzt. Herr v. Hertling kam allein zur Sitzung. Seiner Teilhaber vom Verkehrswesen ließ er nicht mitgehen. Jedenfalls wollte er damit zeigen, daß er die Sache allein machen werde. Die Sozialdemokraten haben sich aber gewiß nicht geärgert, daß Herr v. Seiblein sich nicht selbst verteidigen wollte. Der Ministerpräsident aber bewies, daß er der Sache allein gewachsen war. Als die Reihe an ihn kam, erhob er sich und erklärte, daß die Regierung bereit sei, die Anfrage zu beantworten, jedoch erst in der ersten Sitzung des Monats November. Sprachs und setzte sich. Die Sozialdemokraten beantragten, dennoch über die Anfrage zu verhandeln. Der Kammerpräsident widersprach dem auf Grund der Geschäftsordnung und schließlich mußte das hohe Haus doch arbeiten. Da die Sozialdemokraten sich mit der Ansicht des Herrn Präsidenten nicht befriedigen konnten, ließ er diese sich von ihren Sitzen erheben. Die Liberalen machten die Uebung auch mit, während die braven Zentrumsmänner sitzen bleiben durften. Danach erklärte der Präsident, das hohe Haus habe mit Mehrheit abgelehnt, heute auf die Anfrage einzugehen. Das war ja schließlich kein Wunder. Der Herr Minister tut, was das Zentrum will und das Zentrum tut, was der Minister will. Das beruht auf Gegenseitigkeit.

Danach gab es noch etwas Geschäftsordnung. Der Finanzausschuß bekam etwas neue Arbeit und die anstrengende Arbeit des Regierens, die etwa ¾ Stunden gedauert hatte, war erledigt. Die zu dieser bedeutsamen Tagung nach München geeilten Abgeordneten durften dann, soweit sie nicht in Ausschüssen vergraben worden sind, wieder heimeilen, um am 28. Oktober wieder zu kommen. So wird also zurzeit in Bayern regiert und es gibt Leute, die behaupten, dabei müde zu werden.

Das sind nun allerdings die Unzufriedenen, die von der Regierung und dem Landtag mehr verlangen, als er leisten kann. Naive Seelen, die da glaubten, der Revers falle auf einen Streich. In den ersten Tagen seiner Ministerherrlichkeit hätte sich Herr v. Soden einmal gern hinter seinen größeren Bruder Hertling versteckt. Dieser größere Bruder aber versteckt sich jetzt hinter eine ganze Schar von Freunden. Er will allein nichts unternehmen. Er vertraut lieber auf die großen Stiefel seines Bruders — Preuß, der in der Reversfrage vorangehen soll. Hertlein wittert für sein liebes Bayern aus einem alleinigen Vorgehen Gefahr.

Von der Gefahr, der ungeheuren,
Errettet nur gesamte Kraft.

Der Revers ist also nichts besonders Bayerisches mehr, er geht vom 8. Oktober 1915 an das ganze Deutsche Reich an. Das hat v. Hertling meisterhaft so zu drehen verstanden. Daß bayerische Minister Angst vor dem eigenen Mute haben, ist durch Podewils und Genossen 1912 bewiesen worden, warum soll Hertling hier eine Ausnahme machen?

Die nächsten Wochen werden somit zur Reversfrage die Stellungnahme der sämtlichen beteiligten Staatsregierungen bringen. Wir haben sehr aufzupassen, was da vorgeht. Hoffentlich kommt aber dann mehr heraus, als aus dem bayerischen Landtag, der sich in der Reversfrage wieder einmal als stummes Werkzeug zentrümlich gerichteter Zwecke erwiesen hat. J. Kurth

Unser Verband in der 61. Kriegswoche

Das Ergebnis unserer Erhebung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 61. Kriegswoche wird in nachstehender Übersicht dargestellt. Von den Verwaltungstellen Friedland, Körlin, Neustrelitz, Thorn, Tilsit, Bischofswerda, Großenhain, Löbau, Alfeld, Berka, Blankenburg a. H., Göttingen, Gräfenthal, Stendal, Tangermünde, Zorge, Leer, Erbach, Friedrichshafen, Lambrecht, Lörrach, Singen, Zweibrücken, Altötting sind hierzu, trotz wiederholter Mahnung, keine Berichte eingegangen.

Übersicht über die Zeit vom 26. September bis 2. Oktober 1915

Bezirk	Verwaltungstellen haben berichtet	Verwaltungstellen haben nicht berichtet	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche*	Mitgliederabgang überhaupt	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung M
1.	31	5	6327	115	56	6212	12	0,2	77
2.	24	—	5736	127	94	5609	13	0,2	171
3.	32	—	7902	211	125	7691	45	0,6	237
4.	51	8	39136	592	273	38544	286	0,7	1545
5.	75	8	29900	492	310	29408	106	0,4	637
6.	42	1	32501	1028	349	31473	73	0,2	447
7.	39	—	25070	484	270	24595	75	0,3	895
8.	27	1	11653	360	113	11293	44	0,4	130
9.	47	5	18927	320	241	18607	1259	6,7	390
10.	41	1	21708	390	285	21318	349	1,6	1476
11.	1	—	57928	674	674	57254	738	1,3	1765
Zus.	410	24	256792	4793	2790	251999	2997	1,2	7770

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugereisten und Neuaufgenommenen.

Die 410 berichtenden Verwaltungstellen weisen bei Beginn der Berichtswoche einen Mitgliederstand von 256792 auf, einschließlich der in der Berichtszeit Hinzugekommenen. Abgegangen sind während dieser Zeit 4793. Davon wurden wieder 2790 zum Heeresdienst einberufen. Es waren somit am Schlusse der 61. Kriegswoche 251999 Mitglieder in den berichtenden Verwaltungstellen. Von diesen waren 2997 als arbeitslos gemeldet. Das sind 1,2 vom Hundert. Denselben Prozentsatz betrug die Arbeitslosigkeit bereits in der Vorwoche. Die Arbeitslosigkeit betrug eine Reihe von Wochen 1,3 Prozent, in der Berichtswoche trat also ein weiterer Rückgang ein. Über dem Durchschnitt von 1,2 Prozent Arbeitslosen befinden sich nur noch der 9., 10. und 11. Bezirk, alle anderen Bezirke haben weniger Arbeitslose, zum Teil weisen sie ganz geringe Prozentsätze auf.

Durch Krankheit erwerbsunfähig gemeldet sind in der Berichtswoche 2745. Der Vorwoche gegenüber hat eine unbedeutende Vermehrung stattgefunden. Die Summe der Krankenunterstützung, die in der Berichtszeit ausbezahlt wurde, beträgt 9566 M.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswochen	Verwaltungstellen haben berichtet	Verwaltungstellen haben nicht berichtet	Zahl der zum Heer eingezogenen Mitglieder	Mitgliederzahl a. Schluß der Berichtszeit	Arbeitslose Mitglieder	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung M
1. August 1914	—	—	—	533814	15132	2,5	—
1.- 4. Vom 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143343	377756	73895	19,5	1237091
5.- 8. „ 30. 8. „ 26. 9.	384	68	15391	351804	50431	14,3	1625079
9.-13. „ 27. 9. „ 31. 10.	433	13	18468	348271	27727	7,9	1198669
14.-17. „ 1. 11. „ 28. 11.	433	13	9350	338472	16793	4,9	454173
18.-22. „ 29. 11. „ 2. 1. 15	415	30	11091	323565	12753	3,9	295060
23.-26. „ 3. 1. „ 30. 1. 15	422	20	7117	316822	8318	2,6	153122
27.-30. „ 31. 1. „ 27. 2. 15	429	14	7818	312268	6581	2,1	106308
31.-34. „ 28. 2. „ 27. 3. 15	416	25	9019	303496	5200	1,7	75090
35.-39. „ 28. 3. „ 1. 5. 15	420	20	12008	291526	4593	1,6	79192
40.-43. „ 2. 5. „ 29. 5. 15	418	22	10119	283104	4028	1,4	47168
44.-47. „ 30. 5. „ 26. 6. 15	416	23	10806	271619	3798	1,4	45222
48.-52. „ 27. 6. „ 31. 7. 15	423	14	10510	264677	3414	1,3	51462
53.-56. „ 1. 8. „ 28. 8. 15	418	18	7952	258792	3464	1,3	41279
57. „ 29. 8. „ 4. 9. 15	419	16	2286	257268	3403	1,3	8085
58. „ 5. 9. „ 11. 9. 15	411	24	1706	255170	3387	1,3	9822
59. „ 12. 9. „ 18. 9. 15	417	18	2017	254296	3293	1,3	8557
60. „ 19. 9. „ 25. 9. 15	417	18	3241	251451	3087	1,2	10060
61. „ 26. 9. „ 2. 10. 15	410	24	2790	251999	2997	1,2	7770

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 24. Oktober der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Oktober 1915 fällig ist.

*

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Beschluß des **Vorstandes:**

Der Kupferschmied Wilhelm Köhler, geb. am 14. Februar 1869 zu Erfurt, Buch-Nr. 1,679399, wegen Markenmanipulationen.

*

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 1,950120, lautend auf den Uhrenarbeiter Richard Wähnen, geb. am 25. April 1877 zu Freiburg i. Schl., übergetreten am 22. April 1912 in Freiburg i. Schl. Das Buch ist anzuhalten. (Freiburg i. Schl.)

*

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16a" zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Berichte

Metallarbeiter.

Aachen. Die hiesigen Gewerkschaftsverbände der Metallarbeiter haben am 4. Oktober den Metallindustriellen des Bezirks Aachen Vorschläge für eine der jetzigen Teuerung entsprechende Lohnerhöhung unterbreitet. In der Eingabe wird auf die bisherigen Bemühungen in dieser Richtung hingewiesen. Eine Eingabe vom Mai wurde vom Arbeitgeberverband der linksrheinischen Metallindustrie überhaupt nicht beantwortet. Darauf richteten die Ortsgruppen der Metallarbeiterorganisationen an die einzelnen Unternehmer im Juni eine neue Eingabe, die um Lohnerhöhung ersuchte. Nur wenige haben geantwortet und die Löhne erhöht; der größte Teil aber kümmerte sich um das Ersuchen überhaupt nicht und antwortete auch nicht. Inzwischen erhielt die Arbeiterschaft Kenntnis von folgendem vertraulichen Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes der linksrheinischen Metallindustrie: „Aachen, den 10. 6. 1915. An unsere Mitglieder! Wie uns mehrere Mitgliedswerke mitteilen, ist ihnen von den Aachener Metallarbeitergewerkschaften eine vervielfältigte Eingabe betreffend Gewährung einer allgemeinen Lohnerhöhung mit Rücksicht auf die gestiegenen Lebensmittelpreise zugegangen. Zum Schluß der Eingabe werden die einzelnen Firmen von den Gewerkschaften um Verhandlungen über diese Frage gebeten. Da anzunehmen ist, daß die Eingabe sämtlichen Firmen der Metallindustrie des Aachener Bezirks zugestellt worden ist, weisen wir unsere Mitglieder erneut darauf hin, daß dem von den Gewerkschaften geäußerten Wunsch auf Verhandlungen zwischen Firmen und Gewerkschaft nach den Bestimmungen unserer Satzung nicht stattgegeben werden darf. Wir bitten daher, von der Eingabe lediglich Kenntnis zu nehmen, zumal die geforderten Lohnerhöhungen durch die tatsächlichen Verhältnisse — das Einkommen der Akkordarbeiter ist seit Kriegsausbruch wesentlich gestiegen und die Stunden- und Tagelöhne sind durchweg erhöht worden — weit überholt sind. J. A.: Dr. Goerres." Am Schlusse der erneuten Eingabe der Arbeiterverbände heißt es: „Da nach den von uns veranstalteten Erhebungen der größte Teil der Arbeiter keine Erhöhung der Löhne erhalten und eine große Anzahl Arbeiter sogar noch Verdienstverminderung aufzuweisen hat, sahen wir uns zu der erneuten Eingabe an die Herren Arbeitgeber gezwungen. Wir halten Verhandlungen zur Klärung dieser Angelegenheit mit dem Arbeitgeberverband der linksrheinischen Metallindustrie für dringend notwendig und gestatten uns, um solche zu ersuchen. Sollten indes wider Erwarten Verhandlungen von seiten Ihres Verbandes abgelehnt werden, so ersuchen wir höflichst, wenigstens verfügen zu wollen, daß es den einzelnen Arbeitgebern freisteht, mit uns in Verhandlungen einzutreten." Die neuerdings eingereichten Vorschläge der Arbeiterverbände lauten: „1. Die Verdienste, die gegenwärtig in einer Höhe bis zu 50 ₰ für die Stunde stehen, erhöhen sich um 12 Prozent. 2. Die Verdienste in Höhe von 51 bis 65 ₰ erhöhen sich um 9 Prozent. 3. Die Verdienste in Höhe von 66 bis 80 ₰ erhöhen sich um 6 Prozent. Die Festsetzung der Erhöhung erfolgt mit der Maßgabe, daß in den Verdienstgruppen 2 und 3 die niedrigen Lohnsätze dergestalt erhöht werden, daß diese mit dem Zuschlag mindestens die Höhe des höchsten Satzes in der vorhergehenden Verdienstgruppe erreichen."

Hanau a. M. Gewerkschaften und Kriegsunterstützung. Als in den heißen Julitagen des Jahres 1914 die Gewitterwolken immer drohender und gewaltiger am politischen Horizont aufstiegen, als alle Welt zitterte vor Erregung und nur halbwegs ahnte, was bevorstand, als schon einige Betriebe durch ihre Meister erklären ließen: „Wenn die Mobilmachung kommt, dann müssen wir unsere Betriebe schließen!" — da stürmten die Mitglieder haufenweise auf uns ein und fragten: „Was wird aus dem Verband werden? Wird er auch in der Lage sein, die voraussichtlich zu erwartende ungeheure Zahl von Arbeitslosen zu unterstützen? Ists wahr, daß die Unterstützungen aufgehoben werden?" Und dergleichen Fragen wurden gestellt. Unsere Antwort war: „Unser Statut ist unser Gesetz und das wird auch bei einem Kriege seine Gültigkeit nicht verlieren! Es ist vielleicht möglich, daß, wenn die Arbeitslosigkeit wolkenbruchähnliche Dimensionen annehmen sollte und wöchentlich Millionen von Mark verausgabt werden müßten, es allerdings vorkommen könnte, daß der Vorstand mit den in Betracht kommenden Instanzen vielleicht die Bezugszeit verkürzen oder die Höhe der Unterstützungen vermindern wird. Aber daß die vom Kapitalismus aus Furcht oder Angst — von dem von den Arbeitern jahrelang erzielten Ueberschuß ein paar Mark opfern zu müssen — aufs Pflaster Geworfenen auch noch das Vertrauen zu ihrer Organisation verlieren sollten, das gibt es nicht, und wenn wir das ganze Vermögen drangeben müßten!" — Der Krieg kam, obwohl manche noch im Glauben waren, dieser bittere Leidenskelch gehe noch einmal an der Menschheit vorüber. Schlimmer als man dachte, kam es zunächst. Von unseren 2500 Mitgliedern meldeten sich innerhalb drei Tagen 2000 arbeitslos und zum Kriegsdienst. Da war es allerdings jedem klar, daß wenn dies nur eine kurze Zeit so fortgehe, die Mittel des Verbandes bald aufgebraucht sein würden. Trotzdem sah der Vorstand von einer Kürzung der Unterstützungen ab und hob nur vorübergehend das Krankengeld auf, ausgehend von der Erwägung, daß der Kranke immer noch einen Anhaltspunkt an der Krankenkasse habe, der Arbeitslose dagegen gar nichts. Denn außer den Gewerkschaften bestand fast nirgends eine Hilfe für die Arbeitslosen. Der Staat und die meisten Gemeinden hatten es bis dahin immer abgelehnt, „eine Prämie auf die Faulheit" zu gewähren, wie sich seinerzeit ein bürgerlicher Reichstagsabgeordneter so geschmackvoll ausgedrückt hatte. Nach Verlauf von einigen Wochen öffneten einige Unternehmer wieder zum Teil ihre Betriebe. Durch Eingreifen der sozialdemokratischen Stadtverordneten sah sich die Stadtverwaltung Hanau gezwungen, Notstandsarbeiten einzuleiten. In den staatlichen Betrieben wurden Hunderte untergebracht, und so kam es, daß sich infolge dieser Aenderung der Verhältnisse die Zahl der Arbeitslosen innerhalb 3 bis 4 Monaten auf ein Drittel des anfänglichen Bestandes verringerte. Nur die älteren und schwächlichen sowie die weiblichen Mitglieder mußten den bitteren Kelch der Arbeitslosigkeit bis zur Neige leeren. Mit der vorübergehenden Aufhebung des Krankengeldes durch den Vorstand fanden sich die Mitglieder als einer selbstverständlichen Maßregel sehr leicht ab, zumal da die Zahl der Kranken auch gering war. Aber abgesehen davon, war die Vorsicht angebracht, in erster Linie vorzubeugen, um den Arbeitslosen unter die Arme greifen zu können. Das ist denn auch in ausreichendem Maße geschehen. Ueber 100 000 M zahlten wir an Arbeitslosenunterstützung für Hanau und Umgebung aus. Die Austritte aus der Organisation wegen der zeitweiligen Aufhebung des Krankengeldes waren so gering, daß manche darüber staunen; zum größten Teil waren es Leute, die die gewerkschaftlichen Grundsätze noch nicht begriffen hatten und nur auf einen ihnen passenden Grund lauerten. Die Unorganisierten standen völlig hilflos da, die Organisierten aber hatten am Verband einen Anhaltspunkt. — Aber was nicht im Statut vorgesehen war und infolgedessen auch nicht erfüllt werden konnte, das war eine Kriegsunterstützung, eine Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer. Doch abgesehen davon, auch wenn dies nicht so gewesen wäre, so konnte die Organisation keine genügende Unterstützung leisten. Das ist und bleibt Sache des Staates und der Gemeinden. Infolge des tatkräftigen Eingreifens der sozialdemokratischen Stadtverordneten ist es uns gelungen, die Gemeinde Hanau zu bewegen, einen Zuschuß von 100 Prozent zur Reichsunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer zu leisten und außerdem einen Zuschuß aus der Kriegsfürsorge von 15 bis 18 M, abgestuft nach der Kinderzahl. Jedoch bei der verteuerten Lebenshaltung sind auch diese Sätze noch ungenügend. Die Unterstützungssätze für Hanau und Kesselstadt betragen:

	vom Staat	von der Stadt	von der Kriegsfürsorge	zusammen	für Miete geht ab
	M	M	M	M	M
für die Frau allein . . .	12.—	12.—	15.—	39.—	10.—
„ „ „ mit 1 Kind .	18.—	18.—	15.—	51.—	13.—
„ „ „ „ 2 Kindern	24.—	24.—	12.—	60.—	15.—
„ „ „ „ 3 „	30.—	30.—	10.—	70.—	18.—
„ „ „ „ 4 „	36.—	36.—	10.—	82.—	21.—
„ „ „ „ 5 „	42.—	42.—	11.—	95.—	25.—
„ „ „ „ 6 „	48.—	48.—	12.—	108.—	25.—
„ „ „ „ 7 „	54.—	54.—	14.—	122.—	25.—
„ „ „ „ 8 „	60.—	60.—	15.—	135.—	25.—
„ „ „ „ 9 „	66.—	66.—	16.—	148.—	25.—
„ „ „ „ 10 „	72.—	72.—	18.—	162.—	25.—

Familienfürsorge, aus freiwilligen Spenden der Bürgerschaft, wird nur dann gewährt, wenn kein oder nur unwesentliches Einkommen außer der von Reich und Stadt bezahlten Kriegsunterstützung vorhanden ist. — Dagegen müssen wir die Erfahrung machen, daß in allen unsern Nachbargemeinden, und zwar besonders dort, wo es die Arbeiter versäumt haben, tüchtige Vertreter aufs Rathaus zu entsenden, keine Zuschüsse oder nur sehr geringe zu der Staatsunterstützung bezahlt werden. In einer Reihe von Orten erhielten und erhalten heute noch trotz der ungeheuren Teuerung eine Frau mit einem Kinde 18 M, in einigen andern Orten 20 M, dann wieder 22 bis zu 30 M, in Hanau-Kesselstadt aber 51 M. Nun soll aber keineswegs behauptet werden, daß mit diesen 51 M eine Frau mit ihrem Kinde auf Rosen gebettet wäre; rechnen wir die Miete ab und berechnen die hohen Preise für die Lebensmittel und die sonstigen Unterhaltungskosten, so wundert man sich, wie die Leute zurechtkommen. Durch Arbeit der Frau oder durch sonstige Zuschüsse muß die Einnahme vermehrt werden. Nun gibt es ja erfreulicherweise eine Anzahl Unternehmer, die sich ihrer Pflicht bewußt sind und den Angehörigen ihrer im Felde befindlichen Arbeiter eine Unterstützung zukommen lassen, 20 bis 30 M monatlich, ja manche bis zu zwei Drittel des früheren Verdienstes. Ziehen wir alle diese Umstände in Betracht, die Verschiedenartigkeit der Gemeindezuschüsse und die Verschiedenartigkeit der Zuschüsse der Unternehmer, so war es für die Organisation auch nach dieser Richtung hin unmöglich, einen gerechten Zuschuß zu leisten. Das Richtigste war und bleibt auch fernerhin, sich auf die Fälle zu beschränken, wo außergewöhnliche Not durch Krankheit oder sonstige Ursachen einzuziehen droht. Aber eine Unterstützung, die gar nicht bestand, und für die alle Unterlagen fehlten, in diesen schweren Tagen neu einzuführen, war rein unmöglich. Unmöglich aber auch schon deshalb, weil die finanzielle Rüstung dafür unterblieben ist, weil niemand an ein solches Unglück glauben wollte. Würden wir den Angehörigen unserer 1000 im Felde stehenden Hanauer Kollegen alle Monate nur 3 M geben, so wäre das für die zurückliegende Zeit, 12 Monate, 36 000 M, eine Summe, die dem einzelnen nichts genützt hätte. Da nun aber die Lebensmittel fortwährend steigen und die Wünsche auf Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer fast in jeder Sitzung der Ortsverwaltung wiederkehren, deshalb hat die Ortsverwaltung beschlossen, eine Eingabe an die Bürgermeisterämter zu richten, worin diese gebeten werden, die Frage der Kriegsfürsorge besser ins Auge zu fassen. Diese Eingabe ist mittlerweile abgesandt worden; sie lautet: „An das verehrliche Bürgermeisteramt in ..... Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, eine Vereinigung im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung, hat sich unter anderm in erster Linie zur Aufgabe gemacht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder zu verbessern, überhaupt die materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder und deren Angehörigen zu wahren und zu fördern. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, uns auch um die derzeitige Lage der Angehörigen unserer im Felde befindlichen Mitglieder zu bekümmern, um so mehr, als uns in Hunderten von Zuschriften und persönlichen Gesuchen Frauen von Kriegsteilnehmern die Bitte unterbreiteten, ihnen doch Zuschüsse aus unserem Verbande zu gewähren. Dieses ist auch in allen den Fällen geschehen, wo Krankheit oder sonstige Notfälle sich eingestellt hatten; aber leider konnte dies nur in geringem Maße geschehen, da wir in erster Linie die Arbeitslosen laut unserem Statut unterstützen mußten und dafür allein seit Kriegsausbruch für Hanau und Umgegend über 100 000 M verausgabten. Die Hauptkasse unseres Verbandes zahlte während dieser Zeit für diesen Zweck über 5 Millionen Mark. Da nun, aller Wahrscheinlichkeit nach, nach Beendigung des Krieges mit einer sehr großen Arbeitslosigkeit und Krankheit gerechnet werden muß, so müssen eben für diesen Zweck die nötigen Mittel reserviert bleiben. Wir gestatten uns nun deshalb, der Gemeinde doch recht dringend nahezulegen, diesem Punkte ihre ganz besondere Aufmerksamkeit schenken zu wollen, zumal eine Umfrage unserseits in den zu unserem Bezirk gehörenden Gemeinden ergeben hat, daß die Frage der Unterstützung recht verschiedenartig gehandhabt wird. Zu unserem Bezirk gehören außer Hanau-Kesselstadt sämtliche umliegende Orte bis einschließlich Fulda. Während nun zur Beispiel die Stadt Hanau, einschließlich Kesselstadt, einen Gemeindezuschuß von 100 Prozent gewährt, und aus der Kriegsfürsorge noch 15 bis 18 M den Monat (je nach der Kinderzahl) hinzukommen, so haben wir die Beobachtung gemacht, daß manche Gemeinden gar keinen oder nur einen geringen Zuschuß gewähren, oder nur in besonderen Fällen. Da es nun vollständig ausgeschlossen ist, daß jetzt bei der herannahenden Winterszeit, wo die Wintervorräte, wie Kohlen und Kartoffeln sowie Lebensmittel aller Art, beschafft werden müssen, ferner das Schuhwerk in Ordnung gebracht werden muß, dies auch von der bisherigen laufenden Unterstützung bestritten werden kann, zumal weil seit Kriegsausbruch alle Lebens- und Bedarfsartikel ungeheuer im Preise gestiegen sind. Wir möchten deshalb die Herren Bürgermeister und die Herren Gemeindevertreter bitten, dieser Angelegenheit etwas näherzutreten und entweder die laufenden Unterstützungen zu erhöhen, oder für den Winterbedarf und die sonstigen unvorhergesehenen außerordentlichen Ausgaben eine einmalige, außergewöhnliche Unterstützung gewähren zu wollen. In der festen Ueberzeugung, daß diese Anregung nur von dem Gedanken aufgefaßt wird, der uns alle gemeinsam beseelt, daß an den Kämpfern, die unser Vaterland verteidigen, und für deren Angehörigen, für die ungeheuren Opfer, die sie für uns alle bringen, gar nicht genug getan werden kann, — glauben wir bestimmt, daß die angeregte Angelegenheit im allgemeinen und im Interesse der Beteiligten befriedigend geregelt wird." — Wir waren auch schon persönlich bei einigen Bürgermeistereien vorstellig, ehe diese Eingabe gemacht wurde; in den meisten Fällen mit Erfolg. Nun haben wir es auf diesem Wege versucht und hoffen, daß die gewünschte Wirkung erzielt wird. Wir bekamen auch von den Herren Bürgermeistern zum Teil die Antwort, daß noch niemand bei ihnen gewesen sei, sonst wäre dieser oder jener Fall selbstverständlich zufriedenstellend erledigt worden. Uns sind aber auch Fälle bekannt, wo die Betreffenden sich vorher gemeldet hatten, und zwar ohne Erfolg. Trotzdem empfehlen wir allen unseren Mitgliedern, wenn ihnen Fälle bekannt werden, wo die Unterstützung nicht ausreicht, ferner die Kriegsunterstützungsberechtigten selbst, überall vorstellig zu werden und ihre Wünsche klipp und klar vorzubringen. Hat das dann nicht den gewünschten Erfolg, so mögen sie sich nach wie vor an uns wenden, wir werden das weitere veranlassen.

Osnabrück. Aus der nordwestdeutschen Maschinen- und Hüttenindustrie. Die Beschäftigung in der Metallindustrie hatte schon im Sommer 1914 vor Ausbruch des Krieges merklich nachgelassen. In den Eisengießereien, die fast nur für den nordwestdeutschen Bezirk arbeiten, machte sich ein starker Mangel an Aufträgen bemerkbar. Bei dieser Berufsgruppe war es auch, daß bei Ausbruch des Krieges sämtliche unverheiratete Arbeiter ohne weiteres entlassen wurden. Auch in der Hüttenindustrie machte sich eine Flauheit bemerkbar. Wenn auch wegen Mangel an Aufträgen noch keine Hochöfen gedämpft oder gelöscht wurden, so war doch in den Martinwerken eine bedeutende Mindererzeugung von Martinstahlblöcken und auch auf den Walzenstraßen eine starke Einschränkung zu verzeichnen. An Eisenbahnoberbaumaterial, dem Hauptzweig des Georg-Marien-Bergwerk- und Hüttenvereins, waren im Sommer 1914 zwei größere Aufträge für die Bagdadbahn und für Aegypten erledigt worden. Die neuen Aufträge der preußischen und der anderen deutschen Bahnen waren nicht zu reichlich, so daß zwar nicht mit einer Arbeitslosigkeit, aber doch mit einer sehr flauen Beschäftigung bei dieser Berufsgruppe gerechnet werden mußte. Auch in der Eisenbahnsignalindustrie war ein starkes Nachlassen der Beschäftigung bemerkbar. In der Drahtindustrie wurden zu Anfang Juli 1914 zwei bis drei Feierschichten die Woche eingelegt. So waren gewissermaßen die Vorbedingungen geschaffen, daß bei irgend einer Katastrophe, wie dem Krieg, mit einer großen Arbeitslosigkeit gerechnet werden mußte. Der Krieg brach aus, aber trotz der Ungunst der Lage in der Metallindustrie waren hier Arbeitslose in nennenswerter Zahl nicht zu verzeichnen. Bei den Werken des Georg-Marien-Vereins, die einen überragenden Einfluß in Nordwestdeutschland haben, wurde kein Arbeiter entlassen, die anderen Betriebe schränkten die Arbeitszeit erheblich ein. Bei den Eisengießereien wurde den unverheirateten Arbeitern gekündigt. Die neugegründete städtische Arbeitslosenversicherung wurde von den Arbeitern der Metallindustrie nicht in Anspruch genommen. Gewiß gab es auch Werke, wie zum Beispiel die Firma Keller in Lagenbeck, Windmöller & Hölscher in Lengerich, die fast ausschließlich für das Ausland beschäftigt waren, die auf eine Reihe von Wochen fast vollständig stillagen. So verhältnismäßig günstig lagen nun die Dinge bei anderen Berufen nicht. Ein bedeutender Teil der Metallarbeiter hatte durch die verkürzte Arbeitszeit eine große Einbuße an Lohn. Was in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs immer zu bemerken ist: Die Akkordpreise wurden in mehreren Betrieben gekürzt. Besonders geschah das in den Eisengießereien. Heute noch, wo die Kosten des Lebensunterhalts fast auf das doppelte gestiegen, sind die Verdienste noch viel niedriger als vor dem Kriege. Wurde doch im letzten Monat einem Eisengießereibesitzer die Tatsache vor Augen geführt, daß innerhalb 6 Monaten ein Former über 210 M, ein zweiter 176 M und ein dritter 150 M weniger verdient hatten als im Vorjahr trotz voller Arbeitszeit. Diese Fälle sind nicht vereinzelt, sondern könnten besonders aus dem Gießereigewerbe ergänzt werden. Die Kriegsaufträge brachten naturgemäß

eine starke Nachfrage nach gelernten Arbeitskräften. Facharbeiter, wie Dreher, erzielten bei dieser Arbeit Mehrverdienste. Bei den anderen Berufen, außer noch bei den Formern in der Stahlgießerei, war eine merkliche Veränderung an den Löhnen nicht festzustellen. Die Anträge an die Unternehmer um Aufbesserung der Löhne wurden fast restlos abgelehnt. Da man bei der großen Teuerung sich nicht ganz der Tatsache einer Notlage der Arbeiterschaft verschließen konnte, wurden Teuerungszulagen bewilligt, die jederzeit wieder rückgängig gemacht werden können. So gut wie diese Teuerungszulagen gemeint sein mögen, sie schaffen nicht im entferntesten einen Ausgleich für die Mehrausgaben durch den Lebensmittelwucher. Nach den wirtschaftsstatistischen Aufzeichnungen von Calwer beträgt der Wochenaufwand für die Ernährung einer vierköpfigen Familie in Osnabrück 34,59 *M*. Als Grundlage dient die Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten. Außer einem ganz geringen Bruchteil werden die Arbeiter in der Metallindustrie nicht in der Lage sein, die für die Familienration berechnete Summe auszugeben. Die Löhne sind dafür im allgemeinen zu niedrig. Die Tatsache kann nicht bestritten werden, daß die Lage der Metallarbeiter im allgemeinen jetzt ungünstiger ist als vor dem Kriege. Aber zu leicht sind gewisse Kreise bei der Hand, von einem Wohlstand der Arbeiter zu reden, wenn von 100 Arbeitern sieben einen etwas besseren Verdienst haben, die Minderverdienste der 93 anderen werden, meist nicht ohne Absicht, totgeschwiegen. Zu vielen Hunderten haben wir in der Hütten- und Maschinenindustrie noch Arbeiter, die für 38 ₰ die Stunde arbeiten müssen und nur durch maßloses Ueberstundenschinden etwas mehr verdienen. Ueberaus stark hat die **Frauenarbeit** in der Metallindustrie auch im hiesigen Bezirk eingesetzt. Wenn man vom Umlernen spricht, so soll man auch die Frauenarbeit ins Auge fassen, hier ist gründlich umgelernt worden. Die zarte Frauenhand sehen wir heute an den Pressen und sonstigen schweren Arbeitsmaschinen des Stahlwerkes, in der Gießerei an der Kernbank, in der Stahlgießerei am Gußputzen, hoch oben in den hohen Hallen den elektrischen Laufkran führen, Gasuhren zusammenstellen und löten, kurz und gut, keine Arbeit ist zu schwer oder zu umständlich, wo die Frauenarbeit nicht eingesetzt hätte. Dabei stehen wir erst am Anfang dieser Umwälzung. Mag sein, daß manches nicht so klappt, als wenn die Arbeit von Männern gemacht wird, aber die Schwierigkeiten werden überwunden. Gewiß wird den Frauen auch ein Teil Berufe und Beschäftigungsarten — man möchte sagen glücklicherweise — aus diesem oder jenem Grunde immer verschlossen bleiben, aber heute hat die Frauenarbeit schon einen derartigen Umfang angenommen, daß er nicht größer zu werden braucht, schon wegen der Frau selbst. Nehmen wir nur ein Hüttenwerk an: Ein Damenboudoir ist es nicht; rauh und schwer ist die Arbeit, rauh sind auch die Umgangsformen. Am deutlichsten besagt dieses das von unserem Vorstand herausgegebene Buch: Die Schwereisenindustrie im deutschen Zollgebiet, Kapitel 19. Einem solchen „Milieu", solchen Umgangsformen ein Weib auszusetzen, führt zu einer vollständigen Verrohung des Weibes. Neben den sittlichen Bedenken sind es die gesundheitlichen Gefahren der überaus schweren Arbeit. Hinzu kommt noch die maßlose Ausbeutung, der die Arbeiterinnen ausgesetzt sind. Allgemein soll nach dem Grundsatz gehandelt werden: für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn. Tatsache ist aber, daß man nicht nur die Stundenlöhne der Arbeiterinnen auf das äußerste heruntersetzt, sondern auch die Akkorde niedriger setzt als für die Männer. Auf dem Osnabrücker Stahlwerk wurde von einem Abteilungsleiter am 1. August dieses Jahres eine Neuordnung der Löhne an die Meister hinausgegeben. In dieser Neuordnung heißt es: „**Die Akkordsätze für Mädchen und Frauen sind stets 25 Prozent niedriger zu halten.**" Unverhüllter kann wohl die Ausbeutung nicht gezeigt werden. Nur weil es Mädchen und Frauen sind, sollen die Akkordsätze um 25 Prozent niedriger sein. Für die Arbeiterschaft werden nach dem Kriege wegen der Frauenarbeit schwere Aufgaben zu lösen sein. Treibt auch gegenwärtig die Not manches Weib zu schwerer Arbeit, so darf diese Beschäftigung aber doch nur eine vorübergehende sein; in den Betrieben der Schwereisenindustrie darf für die Frau nach dem Kriege keine Tätigkeit mehr vorhanden sein. — So sehen wir, daß unsere Aufgaben für die Zukunft nicht gering sein werden. An den daheimgebliebenen Kollegen liegt es, die Organisation aufrecht zu erhalten und für Neuwerbung von Mitgliedern unausgesetzt zu wirken. Unser Zusammenhalt, der bis jetzt noch ein guter war, muß bis zum Kriegsschluß so bleiben, um dann mit vereinten Kräften weiterzuarbeiten.

Rundschau

Die Konsumgenossenschaften und die Volksernährung im Kriege.

Am 8. und 9. Oktober fand in Hamburg auf Einladung des **Zentralverbandes deutscher Konsumvereine** eine Zusammenkunft von Sachverständigen aus den Reihen der Konsumgenossenschaften statt, die sich mit der Volksernährung im Kriege beschäftigte. Vom **Reichsamt des Innern** waren die Herren Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Präsident Dr. Kautz und Geheimer Oberregierungsrat Dr. Jung, vom Direktorium der **Reichsgetreidestelle** Amtshauptmann Dr. Bach und Direktor **Köpke** erschienen. Ferner nahmen zahlreiche Vertreter der **Zentraleinkaufsgesellschaft** und des **Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen** an den Beratungen teil, denen als Vertreter der **Konsumvereine** mehr als 170 Abgeordnete aus allen Gauen Deutschlands beiwohnten. Die Tagesordnung war eine außerordentlich reichhaltige. Sie beschäftigte sich nicht nur mit den Erfahrungen, die in der abgelaufenen Kriegszeit mit den verschiedenartigen Anordnungen der Behörden gemacht wurden, sondern nahm selbstverständlich auch Stellung zu der Frage, was künftig für die **Volksernährung** zu geschehen habe. Zugleich wurden noch die Wahrnehmungen ausgetauscht, die sich aus der Mitarbeit von Konsumgenossenschaften und Lebensmittelausschüssen bei ihrem Zusammenarbeiten mit Gemeinden und Behörden, Kreis- und Bezirksbehörden, mit Gewerkschaften und anderen Körperschaften bei der Bekämpfung der Lebensmittelteuerung ergeben haben. Die Verhandlungen ergaben eine Fülle von wertvollem Material, das den zuständigen Reichsbehörden nicht nur durch die anwesenden Vertreter, sondern auch durch ein stenographisches Protokoll zugänglich gemacht werden wird. Sie führte auch weiter zu einer ganzen Reihe von bestimmten Vorschlägen und Forderungen für die künftige Regelung der Volksernährung. Es wurde anerkannt, daß durch die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, vor allem durch die Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl, bei allen unvermeidlichen Mängeln doch viel Gutes geschaffen sei, und es wurde mit Nachdruck betont, daß man ein ähnliches energisches Eingreifen auch auf anderen Gebieten nur wünschen könne. Bei der Beratung der Einzelfragen wurden ebenfalls viele wertvolle Anregungen gegeben und auf alle im Geschäftsbetrieb hervorgetretenen Mängel aufmerksam gemacht. Die Vertreter besonders der Reichsgetreidestelle unterzogen sich der dankenswerten Aufgabe, Aufklärung zu schaffen und etwaige Irrtümer zu berichtigen, mit regem Eifer. Man darf darum wohl hoffen, daß diese Zusammenkunft, in der die tätigen Fachleute der Volksernährung mit den Regierungsvertretern in unmittelbare Berührung traten, für die künftige Gestaltung der Dinge von nicht unerheblicher Bedeutung sein wird. Dem wurde auch von den Vertretern der Behörden Ausdruck gegeben, obgleich bei der außerordentlichen Reichhaltigkeit der Wünsche und Beschwerden es nicht möglich war, daß die Regierungsvertreter auf alle Einzelheiten erschöpfend Auskunft geben oder bestimmte Zusagen machen konnten. Die Genossenschafter unterhielten sich dann weiter über die hochwichtige Frage, welche Maßnahmen erforderlich seien, um die Kriegswirtschaft **möglichst einfach in die Friedenswirtschaft überzuleiten**, und berieten ferner innere Genossenschaftsangelegenheiten, welche die Feststellung der Wirkungen des Krieges auf die Konsumvereine zum Gegenstand hatten. Man darf wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß diese, wie von Regierungsseite ausdrücklich betont wurde, von hervorragender Sachkenntnis geleiteten Beratungen dazu beitragen werden, der Regierung die Aufgabe zu erleichtern, in der Folgezeit die Volksernährung in geregelte Bahnen zu leiten und vor allem dazu beizutragen, daß die Preisgestaltung in einer Weise erfolgt, die auch den weiten Kreisen der Minderbemittelten die Beschaffung alles dessen möglich macht, was zu des Leibes Nahrung und Notdurft gehört. Dieser Hoffnung wurde in der Sitzung nicht nur von den Vertretern der Verbraucher, sondern mit besonderem Nachdruck auch von den Vertretern der Behörden Ausdruck verliehen.

Mitwirkung der Konsumgenossenschaften bei der Regelung der Lebensmittelversorgung.

In den **Beirat der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise** sind als Vertreter der organisierten Verbraucher die Herren Ad. **Seifert**, Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft, und Dr. Aug. **Müller**, Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, berufen worden.

Kriegsversicherung der Volksfürsorge.

Bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse wurden bis zum 12. Oktober für 39 575 Kriegsteilnehmer 57 774 Anteilscheine zu je 5 *M* gelöst und dafür 288 870 *M* eingezahlt, die für die Angehörigen der im Kriege fallenden oder an den Folgen des Krieges sterbenden Versicherten bereitgestellt werden. — Zu den Millionen Arbeitern, die jetzt auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen tagtäglich ihr Leben in die Schanzen schlagen, steht diese Zahl der Versicherten in keinem richtigen Verhältnis. Zehntausende von Familien, die bis heute diese Versicherungsgelegenheit nicht beachtet haben, werden beim eintretenden Todesfall bedauern, daß sie nicht für sich gesorgt haben. Für jeden 5 *M* kostenden Anteilschein dürfte nach dem Kriege ein Betrag von **nicht unter 100 *M*** zur Auszahlung gebracht werden, und für jeden Kriegsteilnehmer können bis zu 20 Anteilscheine gelöst werden.

Gewerbegerichtliches.

Keine Lehrlingsausbildung. Ein Mechanikerlehrling, der in der Werkstatt seines Lehrmeisters L. seit acht Monaten nichts weiter gemacht hatte als Dreherarbeiten an Granatenzündern und Stahlhülsen, klagte aus diesem Grunde beim Gewerbegericht auf **Lösung des Lehrvertrages**. In der Verhandlung führte der Vater des Klägers an, daß der Beklagte keine anderen Arbeitskräfte beschäftigt als sieben Lehrlinge, von denen drei erst während des Krieges angenommen sind, obgleich der Beklagte nur Granatenarbeit, aber keine Mechanikerarbeit hat. — Die Kammer 5 des Gewerbegerichts **erkannte auf Lösung des Lehrvertrags** mit der Begründung: Die Arbeiten, welche der Kläger verrichtet hat, sind allerdings Mechanikerarbeiten. Wenn aber ein Lehrling acht Monate lang nur mit diesen Arbeiten beschäftigt wird, dann ist das eine so einseitige Ausbildung, daß er dabei kein ordentlicher Mechaniker werden kann. (Nach dem Vorwärts, Nr. 262 vom 22. September 1915.)

*

Die gestohlene Hose. Einem jugendlichen Arbeiter war auf der Arbeitsstelle eine Hose gestohlen worden. Er meldete das dem Unternehmer. Dieser machte einen andern Arbeiter namhaft, der allein der Dieb sein könne, und riet dem Bestohlenen, sich an diesen zu halten. Der angebliche Dieb kam nicht wieder zur Arbeit, aber der Bestohlene hätte dessen Adresse beim Unternehmer erfahren können. Der Bestohlene tat aber keine Schritte gegen den mutmaßlichen Dieb, sondern klagte einige Wochen später beim Gewerbegericht gegen den Unternehmer auf Schadenersatz für die gestohlene Hose. — Die Kammer 5 erklärte den Anspruch des Klägers als **unbegründet**, weil er gegen den ihm bekannten Täter nichts unternommen, sondern die Sache auf sich habe beruhen lassen. — der Kläger zog auf den Rat des Vorsitzenden hierauf die Klage zurück. (Nach dem Vorwärts, Nr. 272 vom 2. Oktober 1915.)

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(V. a. G. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im September 1915.

Einnahmen:

Von Aachen 100 *M*. Adlershof 200. Altenburg 300. Altenessen 100. Altheikendorf 150. Ammendorf-Radewell 100. Annen 100. Annweiler 100. Aplerbeck 50. Baumschulenweg 216. Bergeborbeck 300. Bergisch-Neukirchen 100. Berlin I 300. Berlin III 800. Berlin IV 500. Berlin V 1100. Berlin VII 300. Berlin IX 800. Berlin X 800. Berlin XII 700. Berlin XIII 300. Bitterfeld 300. Borsigwalde 300. Brandenburg 250. Cannstatt 300. Charlottenburg 800. Cöln-Süd 400. Cöln-Braunsfeld 50. Cöln-Deutz I 200. Cöln-Höhenberg 150. Cöln-Humboldtkolonie 150. Cöln-Kalk 200. Cöln-Rodenkirchen 300. Dietrichsdorf 550. Dortmund I 300. Dortmund II 150. Dresden-Altstadt 300. Dresden-Neustadt 300. Dresden-Löbtau 400. Dresden-Naußlitz 200. Dresden-Plauen 150. Düren 200. Düsseldorf-Flingern 400. Düsseldorf-Gerresheim 150. Düsseldorf-Oberbilk 300. Duisburg 300. Duisburg-Hochfeld 400. Duisburg-Laar 300. Duisburg-Meiderich II 500. Duisburg-Wanheim 100. Eberswalde 300. Elberfeld 250. Elbing 400. Erfurt 350. Eschweiler II 250. Essen II 200. Essen III 200. Essen IV 600. Essen V 200. Finsterwalde 150. Forchheim 75. Frankfurt-Ginnheim 90. Frankfurt-Oberrad 150. Frankfurt-Rödelheim 350. Frankfurt a. O. 150. Friedrichshafen 201. Friedrichshagen 100. Friedrichsort 50. Geestemünde 150. Gelsenkirchen 200. Godorf 100. Grünwinkel 100. Gummersbach 200. Hagen-Delstern 100. Hagen-Wehringhausen 300. Hamburg-St. Georg 150. Harburg 200. Haspe I 500. Haspe III 300. Heddesheim 80. Hennef 250. Heumar-Rath 150. Hilden 150. Höchst a. M. 250. Hörde 600. Jöhlingen 50. Immigrath 150. Ingolstadt 200. Itzehoe 100. Karlsruhe 500. Kendenich 100. Kessenich 200. Kiel 600. Kiel-Ellerbeck 360. Kiel-Gaarden 600. Leipzig 300. Leipzig-Nord 500. Leipzig-Ost 400. Leipzig-Süd 100. Lichtenberg I 200. Lichtenberg II 400. List 250. Magdeburg-Cracau 100. Magdeburg-Friedrichstadt 100. Magdeburg-Neue Neustadt 100. Magdeburg-Wilhelmstadt 100. Malsch 200. München 150. Nagold 22,01. Neukölln 1600. Neckarelz 50. Neusserweyhe 130. Niederschöneweide 150. Nowawes-Neuendorf 300. Nürnberg 500. Nürnberg-West 100. Oberhausen II 300. Oberpesterwitz 50. Oggersheim 100. Opladen 100. Oschersleben 85. Ottersdorf 100. Penzig 42. Pößneck 50. Radebeul 200. Randersacker 100. Rastatt 200. Ratingen 250. Reinickendorf-Ost 300. Reinickendorf-West 500. Remscheid II 150. Reutlingen 250. Rintheim 100. Rosenthal 100. Roßdorf 100. Rottenburg a. N. 150. Rüsselsingen 800. Schmiedeberg 160. Schönebeck 200. Schöneberg 325. Schüren 150. Schweidnitz 50. Siegen I 80. Siegen II 150. Söllingen 100. Solingen II 500. Solingen III 300. Spandau 1200. Spreedorf 70. Sterkrade 400. Stockach 39,41. Tegel 200. Tempelhof 400. Thale a. H. 200. Uerdingen 200. Ulm a. D. 40. Untergrombach 100. Urberach 50. Urdenbach 140. Vogelsang 100. Waidmannslust 100. Weingarten bei K. 100. Weißensee 150. Welper 100. Wertheim 120. Westhoven-Ensen 100. Wetter a. d. R. 500. Wiesbaden 350. Wildau 250. Würm 12,58. Zeitz 300. Zittau 60. Beiträge 1. Klasse 924. Beiträge 2. Klasse 394,40. Beiträge 3. Klasse 236,10. Beiträge 4. Klasse 22,00. Zinsen 20 064,37. Mieten 244,48. Gewinn beim Einkauf von Papieren 2160. Sonstige Einnahmen 134,82. Zusammen 67 858,77 *M*.

Ausgaben:

Nach Aalen 100 *M*. Achern 50. Ansbach 80. Baden-Baden 100. Bochum 50. Beindersheim 35. Bergen i. S. 55. Betzdorf 100. Bezingen 130. Blankenloch 120. Braunschweig 400. Bremen 200. Bulach-Beiertheim 350. Burgfarrnbach 150. Cöln-Bayenthal 150. Cöln-Deutz II 100. Cöln-Ehrenfeld 200. Cöln-Sülz 250. Cottbus 80. Crumbach 80. Darmstadt-Bessungen 100. Dellbrück 100. Deuben 300. Düsseldorf-Reisholz 150. Edigheim 180. Eislingen 60. Eschweiler I 80. Eppstein 80. Flensburg 200. Feudenheim 100. Friedrichsfeld 150. Fulda 100. Fürth 250. Gassen-Sommerfeld 100. Gerasmühle 150. Giengen 150. Gmünd (Schwäbisch) 150. Gonsenheim 250. Göttingen 100. Grombach 100. Hagen-Eilpe 150. Hagen-Eppenhausen 50. Hanau 200. Hannover 300. Heggen 120. Heidingsfeld 100. Hetzheim 100. Holzheim b. Neuß 100. Jülich 100. Iserlohn 150. Isperingen 50. Konstanz 150. Landsberg a. L. 100. Langendreer 150. Leipzig-Stötteritz 50. Magdeburg 100. Maikammer 100. Meggen 100. Merscheid 150. Mügeln 90. Mülheim a. Rhein 300. Mülheim a. d. Ruhr 250. Niefern 200. Oberstein 150. Oehringen 150. Offenbach a. M. 200. Ohligs 200. Oldenburg 100. Oos 40. Oetisheim 50. Pforzheim 12,58. Pfullingen 100. Primkenau 40. Randersacker 150. Röthenbach 50. Roxheim 50. Schwabach 150. Styrum 200. Uffenheim 100. Unterkochen 100. Wasseralfingen 350. Wittenberg 150. Wolfenbüttel 100. Worms 200. Wössingen 70. Zeulenroda 200. Zweibrücken 200. Krankengeld 1. Klasse 556,60. Krankengeld 2. Klasse 648,42. Krankengeld 3. Klasse 355,60. Krankengeld 4. Klasse 3,80. Persönliche Verwaltungskosten 3645,60. Sächliche Verwaltungskosten 1255,79. An den Unterstützungsfonds überwiesen 5000. Sonstige Ausgaben 504,67. Zusammen 23 873,06 *M*.

Abschluß.

Einnahmen	67 858,77 *M*
Ausgaben	23 873,06 „
Mehreinnahmen	43 985,71 *M*
Kassenbestand am 1. September 1915	2 800 327,37 „
„ am 30. September 1915	2 844 313,08 *M*

Sterbekasse für Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter" (V. a. G., Hamburg) und deren Frauen.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 3. Quartal 1915.

Einnahmen:

Von Filialen eingesandt 23 497,38 *M*. Beiträge von Einzelmitgliedern 210,75. Zinsen 1900. Sonstige Einnahmen —,90. Zusammen 25 609,03 *M*.

Ausgaben:

An die Filialen gesandt 16 107,65 *M*. Persönliche Verwaltungskosten 857,49. Sächliche Verwaltungskosten 482,81. Sonstige Ausgaben 52,50. Zusammen 17 500,45 *M*.

Abschluß:

Einnahmen	25 609,03 *M*
Ausgaben	17 500,45 „
Mehreinnahmen	8 108,58 *M*
Kassenbestand vom 2. Quartal 1915	505 352,76 „
Kassenbestand am Schlusse des 3. Quart. 1915	513 461,34 *M*

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Postsendungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg 1, **Besenbinderhof 70**, zu **richten**.

Bei jeder Geldsendung an die Hauptkasse ist stets auf dem Coupon der Anweisung anzugeben, ob der Betrag für die Krankenkasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Kassen, dann wieviel für jede.

Mit Gruß **C. Butenuth**, Hauptkassierer.

Eingegangene Druckschriften

Gartenstadt. Mitteilungen der deutschen Gartenstadtgesellschaft. 8. Jahrgang. Heft 10. September 1915. Erscheint monatlich. Bezugspreis 5 *M* jährlich. Schriftleiter: B. Kampffmeyer, Bergisch-Gladbach. Alle Geldsendungen und sonstigen Bestellungen sind zu richten an den Generalsekretär A. Otto, Grünau (Mark). — Das Heft enthält unter anderm: Unseren Invaliden Heim und Werkstatt in Gartensiedlungen. — „Isolierte Ansiedlung von Kriegsinvaliden!" — Städtische Siedlungspolitik nach dem Kriege. — Grundsätze für ein Reichsgesetz zur Schaffung von Kriegerheimstätten. — Die teilweise Kapitalisierung der Rente bei Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen. Von Emil Behnisch. — Die deutschen Hypothekenbanken am Scheidewege. — Gartenrentengüter.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(Zu allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 23. Oktober:

Aschersleben. Prinz v. Preußen, ½9.

Samstag, 30. Oktober:

Merseburg. Herzog Christian, halb 9.
Pößneck i. Th. Fellers Rest., halb 9.
Weimar. Volkshaus, halb 9 Uhr.

Sonntag, 31. Oktober:

Gelsenkirch.-Bucr. Bredenbrock, 3½.
Hannover (Heizgsm.) Gewerksch., 10.

Samstag, 6. November:

Münster i. W. Brinkmann, Krummertimpen, halb 9 Uhr.

Stuttgart u. Umg. Gewerkschaftshaus, 7 Uhr, Viertelj. **Generalversammlung.** Berichte. Einführung der Staffelbeiträge, Regelung der örtlichen Zuschläge und Unterstützungen. Unterstützung der Kriegerfamilien. Die Jugendorganisation und das Gewerkschaftskartell. Anträge usw. — Anträge sind bis zum 30. Oktober einzureichen.

Gestorben.

Leipzig. Max Hebenstreit, Arbeiter, 42 Jahre, Blutsturz. — Hermann Delitzsch, Revolverdreher, 34 Jahre, Gehirnhautentz.
Nowawes-Potsdam. M. Bartel (59). — Paul Richter (60).

Sonstige Anzeigen

☞ Junger **Handhauer** auf kleine u. mittl. Arbeit für sofort gesucht. Reisegeld wird zur Hälfte vergütet. **M. Baumann**, Feilenhauerei, **Glauchau i. S.**, Kaisergasse 19.

Tüchtige Dreher, Werkzeug- u. Maschinenschlosser, Mutternpresser, Bolzenpresser fortwährend gesucht. Stellung dauernd b. lohnender Arbeit. Sofortige Meldung mit Zeugnisabschriften erwünscht. **Schraubenfabrik Essen, Postfach 208.**

Das Kgl. Hauptlaboratorium stellt sofort: **2 Werkzeugeinsteller, 2 Automateneinsteller, 15 Maschinenschlosser, 4 gelernte Eisendreher, 8 selbständige Elektriker** bei lohnender Beschäftigung ein. **Schriftliche Anfragen** von Bewerbern sind an das **Kgl. Hauptlaboratorium Ingolstadt a. D.** zu richten. (2628

Tüchtige Orthopädie-Mechaniker oder Mechaniker und Werkzeugmacher, die gewillt sind, sich in obiges Fach einzuarbeiten, gesucht. Ebenso werden tüchtige **Bandagisten** eingestellt. [2629] **Paul Samberger, München**, Nußbaumstr. 16.

☞ **Soeben erschien** ☜

in unterzeichnetem Verlage der vom Vorstande des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes herausgegebene

Metallarbeiter-Notizkalender für das Jahr 1916

Der in Mitgliederkreisen allgemein beliebte Taschenkalender ist textlich reichhaltig ausgestattet und den gegenwärtigen kriegerischen Ereignissen angepaßt.

Aus seinem reichen Inhalt heben wir u. a. hervor:

Grösse und Einwohnerzahl der kriegführenden Staaten. Rentenberechnung für Kriegsverletzte, Kriegerwitwen und -Waisen (mit Berechnungstabelle). **Lebensmittelpreise in den grösseren Städten Deutschlands im Jahre 1914/15** u. s. w.

Der Kalender ist zum **Preise von 60 Pfg.** pro Exemplar durch alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu beziehen **(im Buchhandel beträgt der Preis 85 Pfg. pro Exemplar)**, und nehmen auch alle für den Verband tätigen Vertrauensleute ꝛc. Bestellungen auf denselben entgegen.

Stuttgart **Alexander Schlicke & Co.**
Rötestr. 16. Druckerei und Verlag.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag. Stuttgart. Rötestraße 16 B.